

Pressemeldung der Freien Wähler des Main-Kinzig-Kreises

21.01.2008

Bessere Lage der Landwirte muss stabilisiert werden

„Die verbesserte Einkommenssituation der Landwirte ist noch lange kein Anlass, die Hände in den Schoß zu legen.“ Das war das Ergebnis eines Besuchs der Freien Wähler beim hessischen Bauernpräsidenten Friedhelm Schneider. „Die Grundversorgung der Bevölkerung mit gesunden und umweltverträglich hergestellten Lebensmitteln und die Pflege der hessischen Kulturlandschaft sind für Bauernverband und Freie Wähler unabdingbare Aufgaben der Landwirtschaft. Zur Erfüllung dieser Aufgaben muss die Politik die nötigen Rahmenbedingungen schaffen“, erklärten die beiden Direktkandidaten der Freien Wähler für den Main – Kinzig – Kreis, Carsten Kauck und Jürgen Heim.

Durchweg positiv bewerteten Carsten Kauck und Jürgen Heim, dass in jüngster Zeit erstmals wieder höhere Erlöse bei den Landwirten ankommen. Allerdings gelte es, diesen Trend zu stabilisieren. Problematisch könnten in Zukunft zudem der Wettbewerb um Flächen und die Neuregelung der Erbschaftssteuern werden.

Nach vielen Jahren an denen die Landwirte nur am Fördertopf hingen, gebe es nun etwas Licht am Ende des Tunnels. Die Preisentwicklung sei auch eine Folge der weltweiten Nachfragesteigerung nach Lebensmitteln, bestätigte Schneider im Gespräch gegenüber den Freien Wählern, denn seit einigen Jahren beträgt die jährliche Steigerung der Welt-nachfrage drei Prozent und die Produktionssteigerung nur ein halbes Prozent. Das hat dazu geführt, dass alle EU-Vorratslager leer sind und von den früheren Butterbergen und Milchseen nichts mehr zu sehen ist. Nun beginnen wieder die normalen Gesetze der Marktwirtschaft zu greifen, Angebot und Nachfrage bestimmen wieder Preis und das Einkommen der Landwirte und nicht wie stark der Staat durch Fördermittel eingreift. Diese Entwicklung sollte alle Bürger freuen, so Kauck, entlaste sie doch finanziell die Staatskassen.

Aber die Freien Wähler sprachen auch ein weiteres Spannungsfeld an. Demnach wird es zukünftig einen Wettbewerb zwischen Flächen für Lebensmittel, für Energiepflanzen und für Naturschutz. Die teilweise vorhandene Befürchtung in der Bevölkerung, dass ganze Landstriche mit Energiemais bepflanzt würden, wird sich nach Webers Einschätzung nicht einstellen. Denn auf guten Böden wird es wieder rentabel Lebensmittel zu produzieren. Die Freien Wähler fordern vor dem Hintergrund des steigenden Flächenbedarfs die zügige Rückführung von zwangsweise stillgelegten Flächen in den normalen Bewirtschaftungskreislauf. Alleine in diesem Bereich sind fünfmal soviel Flächen gebunden wie zurzeit in Hessen für Biomasseanbau zur Energieerzeugung bewirtschaftet werden, so Kauck und Heim. Durch die neue Nachfrage erhalten auch durch Boden- und Klimaverhältnisse benachteiligte Regionen, wie z. B. im nordöstlichen Main – Kinzig - Kreis eine neue wirtschaftliche Chance.

Das Problem der Besteuerung bei der Erbschaftsübergabe von Höfen wurde ebenfalls diskutiert. So müsste auf alle Fälle die Erbschaftsteuer nur nach dem Ertragswert des Hofes bemessen werden und nicht nach pauschalen Ansätzen für Flächen und Gebäude. Nur so würden die Nachfolger nicht von der Steuerlast erdrückt und eine Hofweiterbewirtschaftung wäre weiterhin möglich. Die Vertreter der Freien Wähler versprachen Friedhelm Schneider auch weiterhin die politische Unterstützung der Landwirtschaft.